ALBANIEN

Albanien ist der Leuchtturm des Sozialismus in Europa!
Herzlichen Glückwunsch zum Nationalfeiertag!

Die Umwandlung Albaniens von einem rückständigen Land in ein fortschrittliches, sozialistisches Gemeinwesen, ist auf das engste mit der Führerschaft Enver Hodschas verbunden, mit dem Begründer der glorreichen Albanischen Partei der Arbeit, der nun das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Enver Hodscha wendete die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus auf die Gegebenheiten der albanischen Revolution an; er führte das albanische Volk durch bewaffneten Kampf zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus auf der Grundlage des Selbstvertrauens und der Selbstverantwortlichkeit; er bot und bietet dem Imperialismus und dem Revisionismus in schwierigen Situationen die Stirn und hat so die Sache des Marxismus-Leninismus, die Sache der Weltrevolution in hohem Maße bereichert.

Er hat erkannt, daß die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortgesetzt werden muß, daß die Diktatur des Proletariats fruchtlos bleiben muß, wenn sie nicht in eine Revolutionierung der Köpfe umgesetzt wird.

Heute steckt der russische Sozialimperialismus seine gierigen Fühler nach dem Balkan aus; nicht zuletzt in der Absicht diesen Leuchtturm des Sozialismus in Europa zum Verlöschen zu bringen. Die Sowjet-Renegaten beweisen durch ihre Flottenkonzentration im Mittelmeer in erster Linie Appetit auf den Marinestützpunkt Vlora, der bereits einmal in ihren Händen war, bis das albanische Volk ihnen im Jahr 1960 den verdienten Fußtritt versetzte.

Auch in Bulgarien treffen die Revisionisten militärische Vorbereitungen für ein schmutziges Abenteuer. Sie konzentrieren Transportflugzeuge und Luftlandetruppen, aber auch die öffentliche Meinung wird präpariert, wie aus einer Äusserung des bulgarischen Verteidigungsministers hervorgeht. Er sagte folgendes: "Unsere Armee ist zwar zahlenmäßig schwach, aber das hindert uns nicht daran, treue Verbündete der Sowjetarmee zu sein. Hand in Hand mit dieser sind wir jetzt in der CSSR, um den von der Konterrevolution gezündeten Brand zu löschen. Morgen werden wir uns in andere Gebiete wenden,wenn es notwendig sein sollte, die Konterrevolution dort niederzuwerfen."

Hier würde aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht werden. Denn das albanische Volk verfügt nicht nur über alte Traditionen und Erfahrungen im Umgang mit Aggressoren, sondern es verfügt auch über die gewaltige Solidarität der Volksrepublik China und über die Solidarität aller Marxisten-Leninisten der Welt.

Die albanische Partei der Arbeit nimmt in der Weltbewegung eine besondere Stellung ein; das verdient immer wieder erwähnt zu werden.

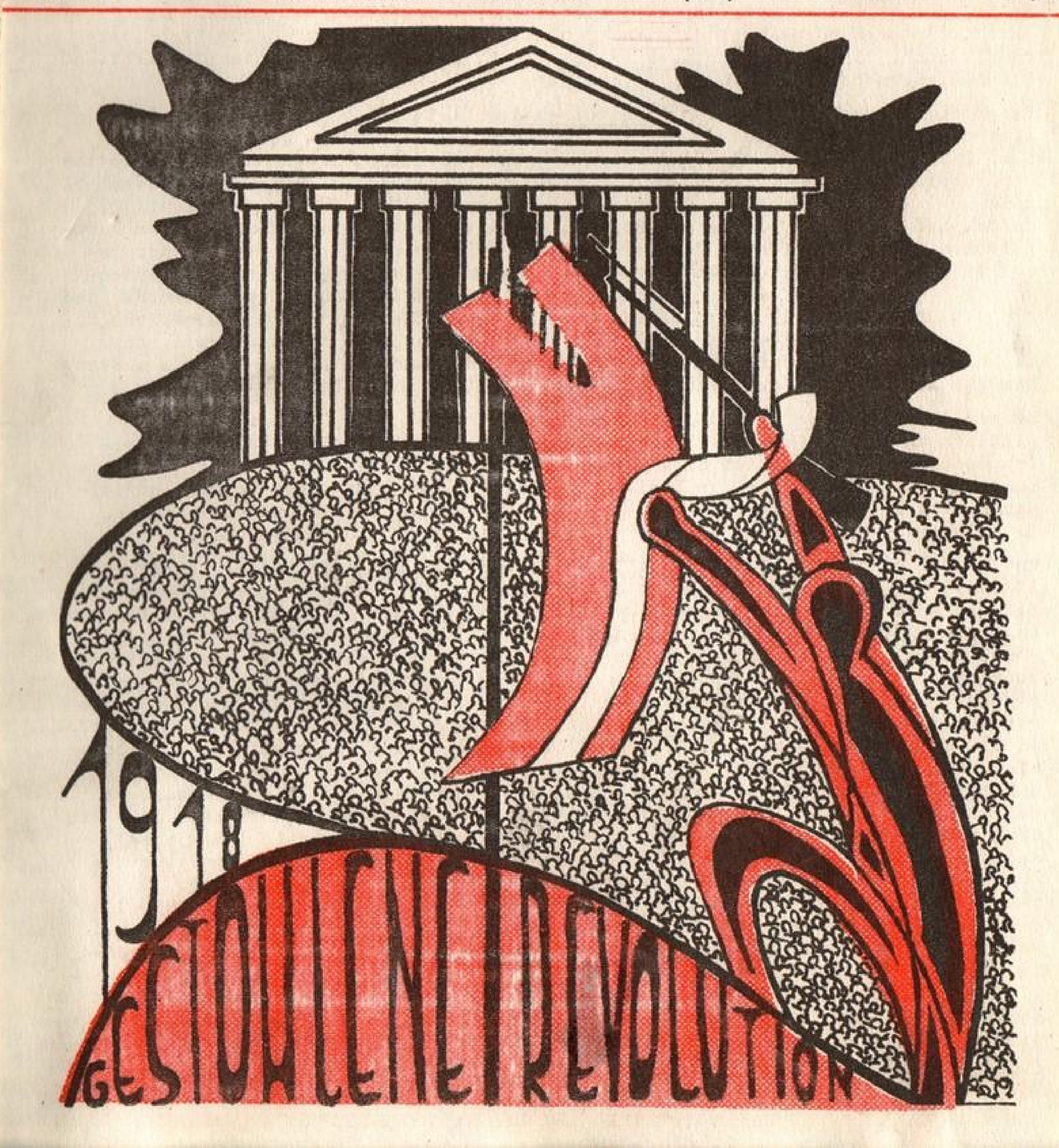
Sie war die erste Partei, die das Problem des sowjetischen Revisionismus in seiner ganzen Schwere erkannte und den bedingungslosen Kampf gegen diese Erscheinung aufnahm, obwohl diese Entscheidung die albanische Wirtschaft in den Jahren 1961/62, durch schwere Vertragsbrüche der Revisionisten an den Rand des nationalen Ruins gebracht hatte. Erst nach der Befreiung vom ökonomischen Würgegriff der Revisionisten, konnte Albanien wirtschaftlich gesunden.

Auf dieser Basis wird die Volksrepublik Albanien, unter der Führung von Enver Hodscha, alle Fährnisse überwinden und ihren glanzvollen Weg fortsetzen.

"DER KOMMUNIST", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), Herausgeber und Verleger: Jocha Alfred,alle: 1200 Wien, Dresdnerstraße 48/4/7. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Treitl Herbert, 1020 Wien, Czerningasse 15/2 .
P.b.b., Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

DER KOMMUNIST

November 1968 — Nummer 21
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L)
Einzelpreis: S 3,-- Jahresabo : S 30,--



Die gestohlene Revolution

Sie feiern. ÖVP, SPÖ und "K"PÖ - sie alle feiern den 50. Jahrestag der Republik. Wir fragen: Wessen Republik ist denn das? Eine Republik der Kapitalistenklasse, die am 12. November 1918 aus einer bürgerlichen Konterrevolution hervorgegangen ist, in welche die SP-Führer die Arbeiterrevolution vom Oktober verwandelt hatte!

Es war eine proletarische Revolution, zu der sich die Arbeiter und Soldaten in den Tagen des Zerfalls der Österreichisch-Ungarischen Monarchie erhoben hatten. Das Proletariat war ihr Träger, die Bourgeoisie der Feind, gegen den sie sich richtete, der Sozialismus ihr Ziel. Lenin nannte die gewaltige revolutionäre Welle, die am Ende des Ersten Weltkrieges über Österreich, Deutschland und andere Länder Europas rollte, eine "proletarische Revolution", eine "Arbeiterrevolution", eine "Sozialistische Revolution". Er kennzeichnete damit zutreffend ihren Klassencharakter.

Es war eine Revolution des österreichischen Proletariats, erwachsen aus der tiefen gesellschaftlichen Krise, in die der Krieg Österreich gestürzt hatte, obwohl sie vom leuchtenden Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der russischen Arbeiter beflügelt, von den mitreißenden Ideen Lenins und der Bolschewiki beseelt war. Der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale (1907) hatte, auf Vorschlag Lenins und Rosa Luxemburgs, von den Sozialisten aller europäischen Länder gefordert, "die durch einen Krieg hervorgerufene Krise zur Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunützen". Der Basler Sozialistenkongreß (1912) hatte diese Forderung bekräftigt und die Bourgeoisie gewarnt, daß ein von ihr entfesselter imperialistischer Krieg unbedingt die proletarische Revolution zur Folge haben würde. Das russische Proletariat war das erste, das diese Revolution durchführte; die Proletarier der anderen Länder Europas mußten ihm aus derselben geschichtlichen Notwendigkeit heraus folgen.

Es war eine spontane Revolution der Massen, denn es gab in Österreichkeine wirklich marxistische Partei wie die Bolschewiki, welche die Revolution zielbewußt organisiert und zum Sieg geführt hätte. Deshalb konnte auch die österreichische proletarische Revolution nicht siegen, sondern wurde von den sozialdemokratischen Führern, die sich nachträglich an ihre Spitze gestellt hatten, im Keime erstickt, unterderhand und in eine Konterrevolution verwandelt.

Und so war es denn auch eine gestohlene Revolution. Friedrich Adler, dessen Attentat auf den Ministerpräsidenten Stürgkh, als Protest gegen den imperialistischen Krieg, ihm ungeheure Sympathien bei der Arbeiterschaft eingetragen hatte, und Otto Bauer, der "vor dem Krieg nützliche gelehrte Bücher und Artikel geschrieben" hatte (Lenin) und, aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, in den Augen der Massen irgendetwas vom Glorienschein der Russischen Revolution ausstrahlte, mißbrauchten das große Vertrauen, das sie genossen. Sie stahlen den Arbeitern die Revolution nach allen Regeln der Kunst - einer Kunst, die eine spezielle Erfindung des "Austromarxismus" war: Sie bezeichneten sich als "Freunde der Bolschewiki", deren Beispiel die österreichischen Arbeiter folgen wollten, erklärten aber, ihr Ziel sei wohl das gleiche, doch müsse der Weg ein anderer sein. Sie "akzeptierten" die Arbeiter- und Soldatenräte, die wie in anderen Ländern Europas, auch bei uns nach russischem Vorbild ("Sowjets") spontan gebildet wurden, um aus diesen gewählten Machtorganen des Proletariats ernannte Dienststellen eines provisorischen bürgerlichen Staatsapparats zu machen. Sie gaben die "Volkswehr", die sie im Gegensatz zu der spontan von den revolutionären Massen geschaffenen "Roten Garde" aufstellten, als bewaffnete Macht der Arbeiterklasse aus, benützten sie aber als Gewaltapparat der bürgerlichen Diktatur gegen die Arbeiter. Sie traten in eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien ein und nannten diese erste "republikanische" Regierung der Kapitalisten eine "Fortsetzung der proletarischen Revolution". Sie übernahmen die revolutionären Parolen der proletarischen Massen, mit denen sie ihre konterrevolutionären Taten drapierten.

* * *

Des Volkes Blut verrinnt in Bächen,
Und bittre Tränen fließen drein.
Doch kommt der Tag, da wir uns rächen,
Dann werden wir die Richter sein.

Diese Worte aus dem revolutionären Lied des polnischen Proletariats "Rote Fahne" trugen, wenn nicht auf den Lippen, so in den Herzen, die Soldaten im Schützengraben, die hungernden Arbeiter in den Fabriken, die erbitterten Frauen auf den leeren Märkten. Und der Tag, er kam.

Die Monarchie war durch den Aufstand der unterdrückten Völker zerfallen. Die Armee hatte sich aufgelöst. Die Soldaten, die sich in der Ukraine mit den russischen Revolutionären verbrüdert hatten, eilten nach Hause, in zerfetzten, verdreckten, verlausten Uniformen, um Abrechnung zu halten. Die Arbeiter besetzten die Betriebe, überall wurden spontan Arbeiter- und Soldatenräte gewählt, es entstand die "Rote Garde" als bewaffnetes Rückgrat der Proletarierrevolution. Am 30. Oktober standen in Wien alle Betriebe still. Die Arbeiter strömten auf die Straßen, ihnen schlossen sich, bewaffnet, die Soldaten an, die sich vorher bei der Roßauer Kaserne versammelt hatten. Vor dem Sitz der "Provisorischen Nationalversammlung" versuchten Renner und Kunschak vergebens, die Massen mit hohlen Phrasen einzulullen. Diese verlangten stürmisch die Ausrufung der Räterepublik. Die verschreckten Mitglieder der "Provisorischen Nationalversammlung" (es waren dies die deutschsprachigen Abgeordneten des 1911 gewählten Reichsrats!) nahmen geschwind eine "provisorische Verfassung" an, die nebelhaft von einem "Volksstaat" sprach, aber sogar für die Beibehaltung der Habsburger-Herrschaft alle möglichen Hintertüren offenließ. Die Massen wurden über den wahren Inhalt dieser "Verfassung" im unklaren gehalten. Sie glaubten, daß ihrer Forderung nach einer sozialistischen Republik Rechnung getragen würde. Am Abend zogen Abteilungen revolutionärer Soldaten durch die Straßen Wiens, legten rote Kokarden an und rissen die kaiserlichen Abzeichen von den Rockaufschlägen der Offiziere. Vor dem Parlament veranlaßten sie, daß die schwarz-gelbe Fahne der Monarchie eingeholt wurde. An ihre Stelle sollte nach dem Willen des Volkes die rote Fahne der Arbeitermacht treten. " 'Diktatur des Proletariats!', 'Alle Macht den Räten!', so hallte es durch die Straßen", schrieb Otto Bauer.

So begann die proletarische Revolution in Österreich. Am 3. November erklärte Lenin auf einer Massenkundgebung in Moskau zu Ehren der österreichischen Revolution: "In dem Augenblick, da wir uns hier versammeln, wird wahrscheinlich auf den Plätzen Wiens der erste Tag der österreichischen Arbeiterrevolution gefeiert." Und in einer von ihm und dem Präsidenten der Sowjetrepublik, Jakow Swerdlow, unterzeichneten Botschaft an die österreichischen Proletarier vom selben Datum hieß es: "Ihr habt den Weg der Revolution beschritten, schreitet auf diesem vorwärts bis zum Sieg!" Drei Tage später stellte Lenin fest: "Die Wiener Arbeiterrevolution wächst mit jedem Tag und jeder Stunde an."

* * *

Doch mittlerweile führten die SP-Führer die auf ihrem Parteitag vom 31. Oktober und 1. November beschlossenen Maßnahmen durch, die aus der proletarischen Revolution eine bürgerliche Konterrevolution machen sollten. Von ihnen ernannte geeichte Vertrauensmänner nahmen die Soldaten- und Arbeiterräte unter Kontrolle. Am 4. November begannen sie eine "Volkswehr" als Söldnerarmee aufzustellen, die die spontan gebildete "Rote Garde" aufsaugen und unschädlich machen sollte. Gestützt auf den am 3. November unterzeichneten Waffenstillstand schüchterten sie die Massen mit der Drohung einer Besetzung Österreichs durch Entente-Truppen ein. Und schließlich sollte die bürgerliche Republik ausgerufen werden.

12. November 1918. Alle Betriebe Wiens standen still. Das ganze arbeitende Volk zog auf die Straße. Vor dem Parlamant und auf der Ringstraße hatten sich Zehntausende Arbeiter und Soldaten versammelt. Auf der Rampe und beim Pallas-Athene Brunnen hatten Gruppen revolutionärer Arbeiter, unter ihnen Mitglieder und Anhänger der soeben gegründeten Kommunistischen Partei, Abteilungen der "Roten Garde" und linksradikale Studenten mit roten Fahnen und einem riesigen Transparent "Hoch die sozialistische Republik!" Aufstellung genommen. Um 16 Uhr traten die "Abgeordneten" aus dem Saal des Herrenhauses, während sich gleichzeitig Parlamentsdiener zum Flaggenmast begaben. Einer der drei "Nationalratspräsidenten", der Großdeutsche Dinghofer, verkündete: "Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Seht, Volksgenossen, ihr Zeichen, die Fahne Rot-Weiß-Rot!" Kaum war bei diesen Worten die Fahne zur halben Höhe aufgezogen worden, als empörte Pfui-Rufe ertönten. Revolutionäre Arbeiter und Soldaten stürmten zum Flaggenmast, rissen den weißen Streifen heraus und hißten die übrigen Teile unter begeisterten Hoch-Rufen als die rote Fahne der proletarischen Revolution, der sozialistischen Republik. Ein bürgerlicher Journalist, der diesen Augenzeugenbericht lieferte, fuhr wörtlich fort: "Dann begann Präsident Seitz zu reden. Aber es hörte kaum jemand auf ihn. Denn beim Brunnen hatte sich der Kommunistenführer Steinhardt auf den Sockel der Pallas Athene geschwungen, um zu sprechen. Der Wirbel brach los. Nach einigem Hin und Her fiel der erste Schuß. Sofort knallten weitere Schüsse, einige trafen kommunistische Funktionäre... Im Nu war der Ring leergefegt." ("Kurier", 25. Oktober)

Leergefegt --- bis auf die zwei toten Arbeiter, die auf dem Pflaster blieben, als blutige Geburtsurkunde der Bourgeois-Republik, die dank dem Verrat der SP-Führer an die Stelle der von den Massen erhofften sozialistischen Republik getreten war.

Selbst Otto Bauer, der in seinem Buch "Die österreichische Revolution" nachgewiesen hat, welche Mühe die SP-Führer hatten, "den Ansturm des Kommunismus abzuwehren", mußte zugeben: "Der grelle Mißklang, mit dem die Kundgebung endete, war doch ein Symptom und Symbol der Erregung, der Gärung, der elementaren Bewegung in den Massen..." Die "Volksstimme" aber, die sich noch immer Organ einer "kommunistischen" Partei zu nennen wagt, bezeichnet (am 26. Oktober) den heroischen Protestakt revolutionärer Arbeiter und Soldaten gegen den Diebstahl der proletarischen Revolution als "Versuch einiger Aufgeregter"!

* * *

Die Renegaten von heute sind noch widerlicher als die von gestern, schon allein darum, weil sie das unheilvolle Beispiel der letzteren nicht abschreckt. Sie "feiern" den Jahrestag der Gründung der KPÖ zugleich mit dem der Ausrufung der Bourgeois-Republik, denn beide seien, wie die "VS" (26.11.1968) schreibt, "im gleichen revolutionären Sturm" entstanden. Welche maßlose Lüge! Die KPÖ ist im Sturm der proletarischen Revolution entstanden, die Bourgeois-Republik dagegen ist ein Produkt der Konterrevolution! Die Bourgeois-Republik entstand mit der Ermordung zweier revolutionärer Arbeiter. Die Marksteine ihres Lebensweges sind Gedenktage, die durch das Blut ermordeter Kommunisten und anderer revolutionärer Arbeiter im Kalender rot aufscheinen: vom 18. April (Gründonnerstag) und 15. Juni 1919 über den 15. Juli 1927 bis zum 12. Februar 1934.

Mögen die revisionistischen Führer der KPÖ gemeinsam mit den Führern der SPÖ und mit der ÖVP das Jubiläum der Bourgeois-Republik feiern. Die revolutionären Arbeiter Österreichs werden unermüdlich dafür kämpfen, daß sich in nicht ferner Zukunft das Vermächtnis jener erfüllt, die am Gründungstag dieser Republik und und in all den Jahren danach ihr Leben geben mußten für die sozialistische Revolution in Österreich.

Zuschriften, Kritiken und Anregungen können an unsere Adresse, 1205 Wien, Postfach 3 gerichtet werden. Auf Wunsch senden wir eine zeitlang Probeexemplare zu. Auf die Dauer sichert aber nur ein Abonnement den ständigen Bezug.

NEUTRALITÄT UND BUNDESHEER

Nach dem Bekanntwerden der Invasion der CSR mobilisierte "unsere" Regierung das Bundesheer "zum Schutz der Grenzen des neutralen Österreich"... Die Regierung glaubte bei diesem Säbelgerassel von Prader und Co das ganze österreichische Volk "wie ein einig Volk von Brüdern" hinter sich zu haben. Die Enttäuschung war daher groß, als Umfragen ergaben, daß das Volk bis auf wenige Prozente einig war - einig in der Ablehnung. Daß es bei der herrschenden Kapitalistenklasse eine unangenehme Überraschung hervorrief, ist bei näheren Hinsehen keineswegs verwunderlich.

Seit Jahr und Tag wird die Bevölkerung von den Propagandisten, von Zeitungen, Radio und Fernsehen in allen Tonarten mit proimperialistischer, proamerikanischer Propaganda berieselt. Zusätzlich wird noch die Politik Bonns dergestalt in den Himmel gehoben, daß die Massen den Eindruck haben, in einen Staat zu leben, der "neutral" nur mit Anführungszeichen ist, daß Österreich in Wirklichkeit untertan ist den Machthabern in Washington und Bonn und daher das Bundesheer nicht eine Truppe ist zur Verteidigung irgendeiner Neutralität, sondern eine Truppe zur Verteidigung der Interessen der amerikanischen und westdeutschen Monopolkapitalisten, d.h. also der NATO.

Da erhebt sich nun die Frage, ob es wirklich eine Neutralität gibt, ob es einen wirklich neutralen Staat geben kann, gleichsam eine Insel der Seligen inmitten einer von Revolten, Revolutionen und imperialistischen Konflikten aufgewühlten Welt. Man wird auf die Schweiz und Schweden hinweisen. Was war z.B. die Funktion dieser sogenannten neutralen Staaten während des zweiten Weltkrieges? Ein böser Witz sagte damals: "Sie arbeiten sechs Tage in der Woche für Hitlerdeutschland und am siebenten Tag beten sie für den Sieg der Alliierten..." Aber das war nicht alles. Beide Staaten waren der Treffpunkt der Männer der westlichen Geheimdienste mit ihren "Kollegen" aus Hitlerdeutschland. Ihr eifrigstes Bemühen war darauf ausgerichtet, die antifaschistische Einheitsfront zu zertrümmern und eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zu bilden. Als das nicht gelang, wurden in diesen gastlichen "neutralen" Ländern die Grundlagen für so ein Bündnis nach den Krieg, also die Grundlagen der NATO, geschaffen. Nur diese Gründe veranlaßten sowohl die westlichen Alliierten, als auch die deutsche Wehrmacht, diese beiden Staaten nicht anzugreifen.

Wie es also keinen Staat gibt, der im Inneren über den Klassen steht -es nur einen Staat gibt, in den entweder die Kapitalisten oder die Arbeiter herrschen und die Macht besitzen - so entscheidet die herrschende Klasse auch über die Außenpolitik. Und jede bewaffnete Streitmacht dient der herrschenden Klasse nach innen und nach außen.

Was Österreich anbelangt, ist es interessant, zwei Stellen aus einen Artikel von Professor für Rechtsphilosophie Rene MARCIC in der "Presse" von 21/22. IX. zu bringen.

Marcic zitiert zunächst die Präambel, d.h. das Vorwort zum Staatsvertrag, wo es heißt: "Sie (die Besatzungsmächte Frankreich, England, USA und die Sowjetunion, Anm. d. Red.) bekunden ihr lebhaftes Interesse an einer ungestörten innenpolitischen Lage in Österreich; sie gewinnen Österreich obendrein die völkerrechtliche Verpflichtung ab: zu einer rechtsstaatli-

chen, demokratischen, republikanischen, mehrparteienstaatlichen Verfassungsordnung." Und er fügt weiter folgenden bedeutsamen Satz hinzu: "Die UdSSR ist mächtigster Partner eines Staatsvertrags, der Österreich verbietet, ein volksdemokratisches Einparteiensystem einzuführen."

Das heißt, die Sowjetunion, in der damals schon Chruschtschow die Macht an sich gerissen hatte, bestätigte mit ihrem Siegel die Herrschaft der Kapitalistenklasse in Österreich!

Marcic wird an anderer Stelle noch deutlicher, wenn er über die "Neutralität" Österreichs spricht. Diese kann nämlich auch im Innern des Landes gestört werden! Hören wir ihn: "Störungen der verfassungsrechtlichen Ordnung in Österreich können - wenn sie ein bestimmtes Maß überschreiten, mithin das außenpolitische Gleichgewicht der Kräfte gefährden - den objektiven Bestand des Neutralitätsrechts in Frage stellen mit den gehörigen völkerrechtlichen Folgen." Das heißt vom geschwollenen Juristen-deutsch in ein Normaldeutsch übersetzt: Neutral ist nur ein Österreich, in dem die Kapitalisten herrschen. Jede Aktion, jede revolutionäre Bewegung der Werktätigen, die die Herrschaft der Kapitalisten, diese Diktatur der Bourgeoisie ernstlich in Frage stellt, verletzt die Neutralität!

Diese sogenannte Neutralität hatte von allem Anfang an den Zweck, Österreich eine "historische" Rolle als zwischen den Blöcken stehend spielen zu lassen; sie war der erste Schritt der sowjetischen Verräter, zu einer Vereinbarung über den "Status quo" zu kommen.

Vom "neutralen" Österreich aus schwärmten in den ersten Jahren nach der Machtergreifung Chruschtschows die Agenten des Weltkapitals nach Osteuropa, um die sozialistischen Länder aufzuweichen, d.h. ihren Weg zurück zum Kapitalismus zu beschleunigen. Einer der Höhepunkte der "Brückenfunktion" Österreichs war das Zusammentreffen Chruschtschows mit Kennedy in Wien, bei dem die Aufteilung der Welt besprochen wurde. Zum Schutz dieser "Neutralität" soll das Bundesheer eingesetzt werden; aber anders als Naive das annehmen. Wenn einmal die Massen die Lügen der Bourgeoisie durchschauen; wenn sie sich von den Massenmedien nicht mehr einlullen lassen; wenn die Propagandisten aller Schattierungen von den Reaktionären bis zu den Revisionisten umsonst ihr Gift verspritzen; wenn die Massen ernstlich beginnen, gegen die Herrschaft des Häufleins kapitalistischer Schmarotzer und Agenten des Imperialismus und internationalen Monopolkapitals zu revoltieren, soll das Bundesheer "da" sein, als die Faust unserer Kapitalisten, die heute sozusagen noch in einem Glacéhandschuh steckt, um ihren wahren Charakter zu verbergen!

Jede Bourgeoisie ist bestrebt den wahren Charakter ihres Unterdrückungsapparats zu verschleiern. Die österreichische hat diesbezüglich schon seit eh und je ein großes Talent entwickelt. Sie sieht es daher gar nicht so ungern, wenn das Bundesheer von SPÖ und KPÖ in scheinbarer Opposition als Affenzirkus, Pimperltheater, als Gschaftelhuberei des Herrn Prader dargestellt wird. Auf diese Art erkennt der junge Werktätige, wenn er in die Uniform gesteckt wird, nicht, welche Rolle ihm zugedacht ist, "wenn es darauf an kommt".

"Wenn es darauf ankommt", wird er auf Österreicher schießen müssen, die seine Klassenbrüder sind. Und "wenn es darauf ankommt", wird er nicht Grenzen eines "neutralen" Österreich schützen müssen, sondern seine Haut zu Markte tragen im österreichischen Vor- und Hilfstrupp des amerikanischen Imperialismus, der westdeutschen Militaristen, der NATO!

Das alles müssen wir der Jugend bei jeder sich bietenden Gelegenheit sagen. Wir müssen unseren jungen Klassenbrüdern aber auch sagen, daß wir keine bürgerlichen Pazifisten sind. Wir werden ihnen sagen: Lernt im Bundesheer das Waffenhandwerk, und wenn es darauf ankommt, dann dreht die Waffen um gegen die herrschende Kapitalistenklasse, die euch für ihre Interessen opfern will!

Hat das Volk einmal die Kapitalisten besiegt und unter der Führung der Arbeiterklasse die Volksherrschaft errichtet, so wird es, "wenn es darauf ankommt", als wahres Volk in Waffen, geleitet von den Ideen Mao Tsetungs, jeden imperialistischen Angriff, von wo immer er käme, siegreich zurückschlagen. So wie wir das schon in unserer Grundsatzerklärung geschrieben haben.

Unsere Parole bleibt daher: Volksarmee für Volksherrschaft, ja! Bundesheer für Kapitalistenherrschaft, nein!

Die Reifeprüfung

Der Parteitag bestätigte völlig den Charakter der SPÖ als Partei des Monopolkapitals.

Es entspricht den gegenwärtigen gesellschaftlichen Gepflogenheiten, den Antritt und die Absolvierung entscheidender Prüfungen in Festgewand zu begehen. Im festlichen Aufzug des Parteitages präsentierte sich die SPÖ-Führung dem strengen Prüfer Großkapital, um das Zeugnis der Regierungswürdigkeit zu erhalten. Als Wegweiser zum Paradies der Regierungswürde fungierte das Motto des Parteitags "Leistung - Aufstieg - Sicherheit". Zuerst Leistung für das Großkapital, dann Aufstieg zu höchsten Staatsämtern und damit Sicherheit der Karriere. Die Kommentare großbürgerlicher Zeitungen lassen erkennen, daß der Prüfling mit Auszeichnung bestanden hat.

Durch die sich ständig ändernden gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen veralten die bewährten Methoden der Demagogie und des Betruges sehr rasch. Stehenbleiben ist auch in der Industrie des Betruges gleichbedeutend mit Zurückbleiben. So sind die Agenten des Großkapitals innerhalb der Arbeiterklasse stets bestrebt, "mit der Zeit zu gehen" - ein alter Parteislogan der SP. Heute preist die Parteiführung die Verstärkung und Vertiefung der Macht des Großkapitals den breiten Massen als den Weg an, der angeblich aus der wirtschaftlichen Sackgasse führt.

In diesem Sinne schrieb die "AZ" vom 20. September 1968 über die Ziele des neuen Wirtschaftsprogrammes, "das nur einen Weg zeigen will, über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der nächsten Jahre hinwegzukommen." "Eine Partei auf die man (das Kapital natürlich, d. Red.) sich verlassen kann", lautet ja ein anderer parteioffizieller Reklamespruch.

Es war also keine Überraschung, daß das im Frühjahr ausgearbeitete "Wirtschaftsprogramm" den eigentlichen Inhalt des Referats des Parteivorsitzenden Kreisky bildete. Mit Kreisky stand auch personell jener Mann im Vordergrund, der das Vertrauen der Kapitalmagnaten genießt und dieses Vertrauen immer wieder rechtfertigt. In seinem Referat zog er alle Register der Demagogie und des Betrugs. Die zahlreichen Mißstände und Übel, die sich in unserem Land ständig vermehren, führte er nicht auf die Klassenherrschaft der Kapitalisten, sondern auf die Unfähigkeit der regierenden ÖVP zurück, deren Schuldenwirtschaft schon jetzt als Alibi dient, wenn anstatt des vorgegaukelten "Wohlstandswunderlandes" Schweden die tristen Zustände Englands das Fazit einer Politik werden müssen, die eine Politik im Interesse einer hauchdünnen Schicht von Ausbeutern ist und

denÖsterreichern weitere schwere Belastungen aufzwingt. Kurz vorher hat ja schon die "Presse"(20.9. 68) die tatsächlichen Absichten der SP-Führung verdolmetscht: "Eine neue Sozialoffensive wird nicht ins Auge gefaßt."
Mit wahren Feuereifer bemüht sich Kreisky jeden Anschein der Unzuverlässigkeit zu vermeiden. Daher die Angriffe gegen die "Neue Linke" und Nenning, die darüber hinaus den einfachen Parteimitgliedern den Schein einer politischen Kritik von links bieten sollen. Für das Großkapital Zusagen - für die Masse der Mitglieder Phrasen; das ist die politische Physiognomie Kreiskys.

In NR.13 unserer Zeitung haben wir bereits in Detail nachgewiesen, daß das SP-Wirtschaftsprogramm und der Korenplan in Klasseninhalt sich durch nichts unterscheiden. Selbst die "Presse" (23.9.68) kann nicht umhin festzustellen, "daß die SPÖ mit ihrem Wirtschaftsprogramm auf den Weg einschwenkt, den auch die Volkspartei seit 1966 verfolgt, und der von den Sozialisten bisher (in Worten, d.Red.) bekämpft worden war."
Rein formal betrachtet, lösen der Vorrang für Wirtschaftswachstum, die offeneAnerkennung und Anpreisung des Großkapitals das reformistische Ideal der Vollbeschäftigung,bzw.die austromarxistischen Phrasen von der klassenlosen Gesellschaft ab. Die Behauptung der Parteiführung, daß sich "in der Substanz nichts geändert hat, in der Technik sehr viel", erweist sich zutreffender als ihre Verkünder meinen. Die Funktion (=Substanz) der Partei besteht eben darin, die Arbeiterklasse von den jeweiligen Aufgaben des Klassenkampfes abzubringen, während die Art und Weise (=Technik) der praktischen Realisierung wechselt. Die Pseudolinken (Hindels) und deren revisionistische Nachbeter stellen die verschiedenen Methoden des Betruges und der Demagogie in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen und lenken damit vom Wesentlichen, nämlich, daß die SPÖ, ungeachtet dessen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder aus der Arbeiterklasse kommt, von einer im Vergleich zur Masse der Mitglieder winzigen Schicht von Parteibonzen, Managern und Bürokraten manipuliert wird. Diese sind mit dem Großkapital aufs engste verbunden und für sie bedeutet ein Wahlsieg eine steile Karriere, hochdotierte Posten und gesteigertes gesellschaftliches "Ansehen". Die scheinkritischen Bemerkungen der Revisionisten über das "Fehlen einer sozialistischen Perspektive", über "zuwenig Opposition", und daß "die Mitbestimmung nur am Rande erwähnt wird", überschreiten nicht den Rahmen des kapitalistischen Systems und führen nicht zur Klärung des Bewußtseins der einfachen SPÖ-Mitglieder. Sie bestätigen nur vorhandene Illusionen, die in der Hoffnung auf eine mögliche Änderung der Parteipolitik gipfeln. Keinen Kampf gegen den Agenten des Klassenfeindes führen heißt als dessen Komplize agieren.

Wir Marxisten-Leninisten sagen den werktätigen Mitgliedern der SPÖ, daß sie von dieser Partei keine Änderung ihrer sozialen Stellung zu erwarten haben. Als Werkzeug und Spielball des in- und ausländischen Monopolkapitals wird die SPÖ dessen Politik durchführen.

Nur im Kampf und in der Rebellion gegen das Sanierungsprogramm für die Kapitalisten können die arbeitenden Menschen ihre Klasseninteressen verteidigen!

Hätten wir 1918...

ImJahre 1918 hattet Ihr alles in Händen. InEuren Händen waren die Waffen, Ihr hattet Eure Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen. Ihr wart von zwei Seiten durch die Räterepubliken Ungarn und Bayern umgeben. Die Bourgeoisie hatte den Kopf verloren: sie fürchtete, Ihr würdet mit ihr ebenso verfahren wie die russischen Arbeiter 1917 mit ihrer Bourgeoisie... Wäre das österreichische und deutsche Proletariat im Jahre 1918 den Weg der russischen Bolschewiki gegangen, dann gäbe es heute weder in Österreich noch in Deutschland, noch in Italien noch in Polen, noch auf dem Balkan einen Faschismus, und es besteht kein Zweifel, daß nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse schon längst Herr der Lage in Europa wäre.

Georgi Dimitroff, Brief an die österreichischen Schutzbündler, 1934

"Demokratischer" Terror

"Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht". Mao Tsetung sagt damit nichts anderes, als daß man sich auf dem richtigen Weg findet. Seit dem Bestehen unserer Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (M-L) haben wir in immer stärkeren Ausmaß den Terror der bürgerlichen Diktatur zu spüren bekommen. Unter den nichtigsten Vorwänden wurden uns "Strafen" zugestellt, mit der Absicht unsere Organisation finanziell umzubringen. Wir müssen zugeben, daß es für uns schwere, sehr schwere Schläge sind, wenn wir immer wieder viele Hunderte Schillinge zahlen sollen. Die herrschende Klasse wird sich aber verrechnen. Denn für uns ist das der Beweis, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden, und die Angriffe gegen uns, stärken nur unseren Kampfgeist.
In Österreich wird bei jeder passenden Gelegenheit dem Volk eingeredet, wir lebten in einer "Demokratie" und müßten trachten,sie zu verteidigen. Nun, "demokratisch" geht es bei uns nur so lange zu, als die herrschende Kapitalistenklasse keine Gefahren für ihre Existenz sieht. Wenn es gilt die Verdummung des Volkes voranzutreiben, ist alles erlaubt. Aber wenn wir irgendwo eine Verlautbarung anbringen, ein Flugblatt verteilen, gibt es immer wieder "Bestimmungen", durch die uns das "untersagt" ist. Weil es eben von uns gemacht wird, regnet es nur so die "Strafen". Und der Apparat der Bourgeoisie ist gut informiert. Er glaubt unsere "schwache" Stelle zu kennen. In keinem einzigen Fall konnten unsere Genossen eine Gefängnisstrafe auf sich nehmen, zu der sie bereit gewesen wären. Immer sollten wir zahlen. Diese Methode der Bourgeoisie ist für uns gar nicht neu.Wir haben allesamt kennengelernt, wie versucht wurde den Kampfgeist der Kommunisten zu brechen. Sei es in den Betrieben, wo man uns mit dem Verlust des Arbeitsplatzes drohte und droht, sei es nun auf diese Weise, mit der man glaubt, unsere Organisation umbringen zu können.
Wir haben den Kampf aufgenommen, weil wir überzeugt waren und es auch bleiben, daß die österreichische Arbeiterschaft eine revolutionäre Vorhut braucht. Wir haben das getan im vollen Bewußtsein, daß wir uns auf niemanden sonst verlassen können, als auf unsere eigene Kraft. Unsere Kraft, das ist der Kampfgeist und der Opfermut unserer Genossen, das ist die Symphatie der Arbeiter, Kleinbauern und Intellektuellen, die uns unterstützen. Diese Kraft hat uns trotz aller Schwierigkeiten in die Lage versetzt, eine Organisation zu gründen, auf dem revolutionären Weg vorwärts zu schreiten und wir schreiten erfolgreich vorwärts. Diese Kraft wird auch der schärfste Terror nicht brechen können.

Die revisionistischen Handlanger der Bourgeoisie in der Führung der KPÖ überpurzeln sich jetzt geradezu in der Lobpreisung unserer "Demokratie". Das charakterisiert sehr gut ihre Rolle. Wir werden verurteilt weil wir unsere Meinung kundtun und für sie werben. Das ist "Demokratie", für das sind sie. Aber wenn in der großen proletarischen Kulturrevolution in China das Volk die Möglichkeit bekommt, seine Meinung zu sagen, wenn die Behörden verpflichtet werden, dafür alles Notwendige wie Papier,Farbe, Abziehapparat usw., kostenlos zur Verfügung zu stellen, so bezeichnen sie die Organisatoren davon als Chauvinisten, Kriegshetzer, Spalter und wer weiß, was noch alles.

"Wenn der Feind uns bekämpft,ist das gut und nicht schlecht"; wir werden bekämpft und das ist gut so, denn immer mehr Arbeiter werden erkennen wer ihr Feind ist und wo er überall sitzt. Dann werden sie die revolutionären Kräfte stärken und sich zum Angriff auf den Feind rüsten.

Und Genosse Mao Tse-tung sagt auch: "im Krieg lernt man das Kriegführen". Auch das trifft auf uns zu und wir werden uns danach zu richten wissen.

AM WEG ZUM ZERFALL

Der politische Bankrott einer Partei war selten so deutlich zu sehen als dies jetzt bei der KPÖ der Fall ist. Aus einer Arbeiterpartei, die trotz Fehler Jahrzehnte die revolutionäre Vorhut der österreichischen Arbeiterklasse war, haben degenerierte Führer ein Torso gemacht, das jetzt unter allen Umständen zusammengehalten werden soll, um den Bonzen eine Rechtfertigung ihrer Existenz zu geben.

In der Führungsspitze der KPÖ streiten sich zwei Cliquen um die Macht. Augenblicklich ist der Fischer-Marek-Flügel in die Defensive gedrängt, denn mit pseudorevolutionären Phrasen hat der Flügel der "moskautreuen" Funktionäre für sich einen erheblichen Prestigeanstieg erzielen können. Auf der Strecke bleiben die ehrlichen Mitglieder und Funktionäre der unteren Organisationen, die eine Rückkehr zur marxistisch-leninistischen Linie erwarten. Spricht man mit solchen Genossen, so sprechen sie in Brustton der Überzeugung, daß man am 20. Parteitag alles "fixieren" werde. Die "Rechten" würden entfernt werden, der "friedliche Weg" zum Sozialismus werde als falsch deklariert und aus dem Programm"gestrichen" werden usw. usf.

Wie falsch diese Illusionen sind, beweisen die "Diskussionsgrundlagen" für den 20. Parteitag. Sie sind eine ideologische und organisatorische Bankrotterklärung sonder gleichen. Die Führung versucht hier die Mitglieder hinters Licht zu führen, und das hat nur eine Parallele mit den Betrug der Führer der Sozialdemokratie an der österreichischen Arbeiterschaft.

Nur bleiben Fürnberg oder Muhri dabei an geistigen Fähigkeiten um Längen hinter ihren Vorbildern wie Otto Bauer usw., zurück.

Da ist sozusagen "für jeden etwas" da. Da werden "andere" verurteilt und gemeint ist dabei der äußerste rechte Flügel, der nicht "gewisse Gefahren für den Sozialismus sehe". Damit will man diejenigen Genossen fangen, die voll Empörung über den revisionistischen Kurs sind. Da es aber in keiner Weise die Absicht der revisionistischen KPÖ-Führung ist, von Kurs abzuweichen, "verurteilt" man gleich auch die "einen". Und diese "einen", das sind die Marxisten-Leninisten, das ist die KP-Chinas und Albaniens, das ist Mao Tse-tung.

Wenn die ehrlichen Genossen die "Diskussionsgrundlagen" studieren,können sie nur zu einem Ergebnis kommen. In dem entbrannten"Streit" um "Grundlagen" geht es nur darum wer die Macht in der Partei hat. An der politischen Linie wird nichts geändert. Denn es bleibt beim "friedlichen Weg", bei ihrer verlogenen "friedlichen Koexistenz", der jetzt das Heldenvolk Vietnams zum Opfer fallen soll, beim "Mehrparteiensystem mit Opposition" in einer wie sie sagen "sozialistischen" Gesellschaftsordnung usw.

Das alles sollen die Genossen "fressen" indem die "Einheit der Partei" beschwört wird und als Ersatz für eine marxistisch-leninistische Linie die "Einstellung zur Sowjetunion" herhalten muß. Diese "Waffe" verwenden jetzt die revisionistischen Führer , um die Genossen von Denken abzuhalten. Es wird ihnen trotzdem nicht erspart bleiben. Eine wertvolle Hilfe dabei kann ihnen eine Empfehlung Mao Tse-tungs sein:

> Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die Kommunistische Partei der Sowjetunion wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Partei- und Staatsführung in der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung fetzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen,die breite Masse der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie die Revolution wollen und daß die revisionistische Herrschaft nicht lang dauern wird.

Noch einmal:

Südtirol

"Der Kommunist" hat sich bereits einmal mit dem Problem Südtirol befaßt. Jetzt liegen uns zwei Artikel vor, die eine politische Gegenüberstellung interessant machen.

Es handelt sich um den Artikel "Die bäuerlichen Probleme in Südtirol" im Organ der marxistisch-leninistischen KP-Italiens "Nuova Unita" vom 6. Juli 1968 und um den Artikel der großbürgerlichen "Presse" vom 11. Juli 1968 " Abschied von einem Klischee".

Der Artikel der "Presse"zeigt, wie wenig es der österreichischen Bourgeoisie in Wirklichkeit um die Sorgen der Südtiroler Bevölkerung geht, weil sie dieses Problem für ihre hintergründige chauvinistische Hetze mißbraucht. Er ist offenbar als Unterstützung der Regierung Leone zu werten und schiebt die Schuld an den schlechten Lebensbedingungen der Bevölkerung dieser selbst in die Schuhe. Die "Presse " schreibt:"Was die Armut der Südtiroler ausmacht, ist meist nicht eine Angelegenheit ihrer Nationalität: sie arbeiten in der Überzahl in der Landwirtschaft und diese ist nicht nur südlich des Brenners ein Sorgenkind". Am Ende tröstet sich die "Presse" damit, daß die letzten Wahlen eine Zunahme der deutschsprachigen Einwohner wegen des großen Geburtenüberschusses bewiesen haben.

Wir sind daher unserem Bruderorgan "Nuova Unità" für seinen Artikel überaus dankbar. Er schildert sehr ausführlich das Doppelspiel der bürgerlichen Regierung Italiens und ihres örtlichen Partners, der sogenannten Südtiroler Volkspartei. Er schildert die Ausnutzung nationaler Affekte im Dienste kapitalistischer Ausbeutung gegen die deutschsprachige und gegen die italienischsprachige Bevölkerung.

Die "Nuova Unità" schreibt in diesem Zusammenhang: "Südtirol zählt heute eine Bevölkerung von 403.243 Einwohner. Im Jahre 1921 waren es 256.630. Der italienische Imperialismus hat in der Region einige Industrien entwickelt, um für die Kolonisation einen Strom italienischer Handarbeiter anzulocken; diese Handarbeiter kamen aus unterentwickelten Gebieten Italiens, waren daher billig und entsprachen den Erfordernissen der getarnten kapitalistischen Ausbeutung, getarnt durch die nationalistischen Motive der Italienisierung; aber der deutsche und bäuerliche Charakter dieses Gebietes wurde durch diese Industrialisierung nicht geändert. Es handelt sich nur um eine Entwicklung im Sinne des kapitalistischenProfits, die von den Vorbedingungen einer wirklichen Entwicklung dieses Gebietes losgelöst bleiben".

Der Artikel zeigt des weitern auf, daß zahlreiche kleine Bauern der Gebiergstäler der kommerziellen Konkurrenz der Groß- und Mittelbesitzer zum Opfer gefallen sind; diese Kleinbauern sinken in den Stand ungelernter Arbeiter ab; viele von ihnen wandern aus oder wenden sich dem Dienstleistungsgewerbe im Fremdenverkehr zu.

Über die landwirtschaftliche Struktur und die damit zusammenhängende Klassenverhältnisse sagt die "Nuova Unità": In Südtirol herscht der kleine Besitz vor, der keine Erweiterung kennt, wie im Trentino. Es sind dies kleine Landwirtschaften, meistens unter fünf Hektar; sie machen ungefähr die Hälfte der Betriebe aus, umfassen aber kaum 4,5 Prozent des ausreichend kultivierbaren Bodens. So befindet sich fast der gesamte kultivierbare Grund, ungefähr 95 Prozent, in den Händen der Mittel- und Großeigentümer. Diese Mittel- und Großeigentümer stellen jedoch ein prozentuelles Minimum dar; sie leben vielfach in der Stadt, nicht selten in gehobenen Positionen der Südtiroler Volkspartei; die in der Provinz Bozen im Namen eines mystifizierten Nationalismus nahezu alle Stimmen einheimst".

Ferner wird nachgewiesen, daß die Interessen der bürgerlichen Parteien Italiens mit denen der Südtiroler Volkspartei, von unbedeutenden Antagonismen abgesehen, parallel laufen. Es heißt weiter: "Das in politischen,kulturellen, religiösen und reaktionären Konventionen verankerte Milieu, steht in instinktiven Gegensatz zur Industrialisierung und zur Einwanderung italienischer Arbeiter. Die konservativen Politiker der Südtiroler Volkspartei nützen ihrerseits diese Haltung aus und tun alles, um die Gegensätze in den unteren Klassen in einem akuten Stadium zu erhalten und ihre Vereinigung zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu verhindern. Der Widerspruch besteht nicht zwischen Italiener und Deutschsprachigen, sondern zwischen Taglöhnern und armen Bauern auf der einen Seite und reichen Bauern auf der anderen, mit einen Wort zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Aber in Südtirolsind die bekanntesten Repräsentanten der Südtiroler Volkspartei vielfach Eigentümer

ausgedehntester Besitzungen, die sie durch Taglöhner bestellen lassen. Es liegt also völlig in ihrem Interesse, die Masse der Südtiroler Bauern im Stadium der Unterentwickeltheit zu halten, fern von den Fabriken, mit einer Propaganda, die den Positionen der extrem reaktionären, vielfach klerikalen Gutsbesitzer günstig ist. Auch die KP Italiens und die linkssozialistische Partei (PSIUP) lassen sich oft vor den Karren "nationalistischer Probleme" spannen. - Soweit die "Nuova Unità".
Es bleibt dabei wie wir in Nr.2 des "Kommunist" geschrieben haben:"Die in Südtirol aufgetauchten Fragen sind Klassenfragen und daher auch nur als solche zu lösen.

Es lebe der Befreiungskampf der Völker

KONGO - Pierre Mulele ermordet

Pierre Mulele, der heldenhafte kongolesische Patriot und Fortsetzer des Werkes Lumumbas, wurde im Morgengrauen des 9. Oktobers 1968, im Auftrag von 'Präsident' Mobutu, erschossen. Mulele war am 29. September, aus Brazzaville kommend, in Begleitung des kongolesischen Aussenminsters in Kinshasa eingetroffen. Mulele wurde auf der Grundlage des von Mobutu verkündeten Amnestiegesetzes für sogenannte politische Verbrechen, in dem persönliche Sicherheit garantiert war, betrogen.

Nach der Verhaftung und einer Prozessfarce erfolgte die Hinrichtung. Mobutu, der gemeinsam mit Tschombe für die Ermordung Lumumbas verantwortlich ist, hat seine Hände mit einem neuen Verbrechen beschmutzt.

Die Geschichte Muleles ist auf das engste mit dem nationalen und antiimperialistischen Kampf des kongolesischen Volkes verbunden. Nachdem er Landwirtschaft studiert und den Militärdienst abgeleistet hatte, nahm Mulele im Jahre 1959 an der Gründung der Afrikanischen Solidaritätspartei teil, die ihn zum Sekretär wählte. Der ersten kongolesischen Regierung, unter der Führung Lumumbas, diente er als Minister für nationale Erziehung. Kaum war die Evakuierung der belgischen Okkupationstruppen durchgeführt, als die belgische Regierung Fallschirmjäger entsandte, um der nationalen Regierung Kongo gegen "meuternde" Truppen zu helfen und um die zurückgebliebenen Belgier zu "schützen".

Bald darauf organisierte die belgische Regierung den Abfall der Bergwerksprovinz Katanga unter der Führung ihres Satelliten Tschombe. Die USA, die die Reichtümer des Landes, welche bisher ganz in den Händen belgischer Monopolisten gewesen waren, an sich reissen wollten, erreichten dank der Komplizenschaft Chruschtschows im Juli 1960 die Entsendung von UNO-Truppen in das Land.

Unter dem Einfluß der Truppen der Vereinten Nationen wurde die nationale Regierung gestürzt, Lumumba verhaftet und ermordet, das kongolesische Parlament aufgelöst. Adoula, ein Mann, der das Vertrauen der USA genoß, wurde Ministerpräsident. Mulele zog sich nach Stanleyville zurück, wo er gemeinsam mit Gizenga mit der Organisierung des Aufstandes gegen die Zentralregierung begann. Im Jahre 1963 war er Botschafter der patriotischen Regierung von Stanleyville in Kairo. Im gleichen Jahr begab er sich nach China. In der Folge stand Mulele an der Spitze des heldenhaften bewaffneten Kampfes der legendären "Simbas", die große Teile des kongolesischen Territoriums befreiten.

Mobutu, der Adoula im Amte gefolgt war, sah sich zur Unterdrückung des Volkskampfes gezwungen, weiße Söldner anzuwerben. Mulele hat den patriotischen Volkskampf bis zuletzt geleitet.

Wir kennen die Motive der letzten Entscheidungen Muleles nicht; aber das politische Bild aus dem sie resultieren, wäre falsch, wenn man darauf verzichtete, die Rolle der sowjetischen Revisionisten aufzuzeigen.

Schon im Jahre 1960 einigte sich die Sowjetunion mit den USA über die Abstimmung im Sicherheitsrat, betreffend die Entsendung von Kontingenten der UNO in den Kongo. Die sowjetischen Revisionisten stellten der UNO sogar die nötigen Transportmittel zur Verfügung. Die sowjetunion setzte ihr ganzes internationales Prestige zur Deckung des Imperialismus und zum Betrug an den kongolesischen Patrioten ein. So pries die sowjetische Presse die Aufgabe der UNO, die nach sowjetischer Auffassung darin bestand, "der Regierung" des Kongo zu helfen, die Unabhängikeit und Souveränität des Landes zu schützen; sie drückte gleichzeitig ihre Hoffnung aus, daß die Vereinten Nationen "resolute Maßnahmen" ergreifen mögen.

Im Jahre 1961 überredete die herrschende revisionistische Clique Gizenga, an der Arbeit des kongolesischen Parlamentes, das unter den Schutz der UNO-Truppen gestellt worden war, teilzunehmen und in die Satellitenregierung einzutreten; alles das wurde als Erfolg der Nationalen Kräfte dargestellt; Gizenga verhaftet. Nichtdestoweniger fuhren die sowjetischen Revisionisten fort, "friedlichen", parlamentarischen Weg zu predigen und unterließen nichts, um die kongolesischen Patrioten zu entmutigen.

Aber der von Mulele fortgesetzte Kampf brachte den amerikanischen Imperialisten und Mobutu große Schwierigkeiten; der Satellitenpräsident proklamierte sich als Nachfolger Lumumbas, in der Absicht, das kongolesische Volk zu betrügen. Er widerrief im Jahre 1967 die den Belgiern gewährten Bergwerkskonzessionen in Katanga und gründete die sogenannte "Allgemeine Kongolesische Bergwerksgesellschaft", um amerikanischen Kapitalgruppen die Möglichkeit zur Ausbeutung der Reichtümer des Landes zu geben. Die Sowjetunion lobte dies als eine Politik, die den Interessen des kongolesischen Volkes entspräche.

Das sind die Ergebnisse der "friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus und der neuen "heiligen Allianz" zwischen der Sowjetunion und den USA zur Teilung der Welt.

Die Ereignisse in Kongo beweisen, daß man gegen den Imperialismus nicht kämpfen kann, ohne gleichzeitig gegen den modernen Revisionismus und seine Komplizen zu kämpfen. Dieses Bewußtsein dringt immer stärker in die Reihen der kongolesischen Patrioten ein, deren Avantgarde heute im Begriff steht, eine marxistisch-leninistische Partei zu schaffen. In einem ihrer letzten Aufrufe haben sie auf Mao Tse-tung zurückgegriffen, der festgestellt hat:"Eine disziplinierte Partei, bewaffnet mit marxistisch-leninistischer Theorie , die Selbstkritik praktiziert und mit den Volksmassen verbunden ist; eine Armee, die von dieser Partei geleitet wird; eine vereinigte Front aller revolutionären Klassen und Gruppierungen unter der Führung dieser Partei; das sind die drei Hauptwaffen mit deren Hilfe wir den Feind besiegt haben".
"Das sind die entscheidenden Waffen, die dem kongolesischen Volk noch fehlen", heißt es in dem Aufruf.

Im Namen Lumumbas und im Namen Muleles wird das kongolesische Volk den Kampf bis zum Sieg fortsetzen.



WORTE DES VORSITZENDEN MAO TSE-TUNG

Um den Regiebeitrag von S 10.- können wir diese berühmte Broschüre den Lesern und Genossen vermitteln.
Bestellungen bitte an unsere Postadresse richten.

Die große proletarische Kulturrevolution



Die erweiterte 12. Plenartagung der Kommunistischen Partei Chinas ist von großer historischer Bedeutung !

Das auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas gewählte Zentralkomitee hielt in der Zeit von 13. bis 31. Oktober seine 12. (erweiterte) Plenartagung ab, die von großer historischer Bedeutung für die internationale Arbeiterbewegung ist.

An den Plenum nahmen außer den Mitgliedern und Kandidaten des ZK auch sämtliche Mitglieder der Kulturrevolutionsgruppe beim ZK sowie die Hauptverantwortlichen der Revolutionskomitees der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte (Peking, Schanghai, Tientsin) und autonomen Gebiete und Vertreter der Volksarmee teil. Genosse Mao Tse-tung, der den Vorsitz führte, hielt eine bedeutsame Rede über den Gang der kulturrevolutionären Bewegung in China seit dem 11. Plenum im August 1966.

Der Verlauf der Bewegung in den mehr als zwei Jahren beweist, wie das vom Plenum herausgegebene Kommunique erklärt, die Richtigkeit der Feststellung Mao Tse-tungs, daß "die gegenwärtige große proletarische Kulturrevolution absolut notwendig und im höchsten Maße zeitgerecht ist,um die Diktatur des Proletariats zu festigen, eine Wiederherstellung des Kapitalismus zu verhindern und den Sozialismus aufzubauen". Die von Genossen Mao Tse-tung eingeleitete und geführte Kulturrevolution "ist eine große politische Revolution, die das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die anderen Ausbeuterklassen unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur in unserem Lande führt", heißt es im Kommunique.

Während der ganzen Geschichte der Kulturrevolution tobte ein erbitterter Kampf twischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg, zwischen der proletarisch-revolutionären Linie Mao Tse-tungs und der bürgerlich-reaktionären Linie des Renegaten und Arbeiterverräters Liu Schao-tschi, eines Lakaien des Imperialismus, des Revisionismus und der Kuomintang, der sich in der Partei eingenistet hatte und ungeheuerlicher Verbrechen überführt wurde. Bei diesem Kampf ging es letzten Endes um die politische Macht, ging es "darum, ob die Führung der Partei und des Staates in den Händen von Marxisten oder von Revisionisten liegen soll" (Mao Tse-tung).

In dem überaus komplizierten und scharfen Klassenkampf wurden Hunderte Millionen Menschen, die sich die Ideen Mao Tse-tungs immer gründlicher aneigneten, in einem noch nie dagewesenen Maße mobilisiert. Unter der Führung des von Vorsitzenden Mao Tse-tung und von Stellvertretenden Vorsitzenden Lin Biao geleiteten proletarischen Hauptquartiers und mit Unterstützung der Volksbefreiungsarmee haben die Massen nach wiederholten Kräftemessen mit dem Klassenfeind und Überwindung seiner Manöver und Machinationen schließlich das von Liu Schao-tschi geleitete bürgerliche Hauptquartier zerschlagen, dessen Versuche, die Führung der Partei, der Regierung und der Armee an sich zu reißen, vereitelt und die usurpierten Machtpositionen zurückerobert. Das war ein gewaltiger Sieg der Ideen Mao Tse-tungs, ein entscheidender Sieg der großen proletarischen Kulturrevolution.

Das Plenum stellte fest, daß die großen Siege der Kulturrevolution einen weiteren Beweis für die tiefe und weitreichende Bedeutung der Theorie des Genossen Mao Tse-tung von der Fortsetzung der sozialistischen Revo- einer riesigen materiellen Kraft werden. Die grundlegende Garantie für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für die Verhütung einer politischen Entartung liegt darin, daß die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten die Ideen Mao Tse-tungs eifrig und in schöpferischer Weise studieren und anwenden.

Das Kommunique verweist ausdrücklich auf die Lehre Mao Tse-tungs, wonach "die Arbeiterklasse auf allen Gebieten die Führung innehaben muß" und "die Diktatur des Proletariats im gesellschaftlichen Überbau, einschließlich aller Sphä ren der Kultur", zu errichten ist. Als Frage von entscheidender Bedeutung für die Zuendeführung der großen proletarischen Kulturrevolution wird die Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse in bezug auf das Erziehungswesen und die Intellektuellen bezeichnet. Die Intellektuellen"müssen von den Arbeitern, Bauern und Soldaten umerzogen werden, damit sie sich mit den Arbeitern und Bauern zusammenschließen können. Propagandatrupps der Arbeiter sollen ständig in den Schulen und Hochschulen verbleiben, dort an allen Aufgaben der Bewegung Kampf - Kritik - Umformung teilhaben und auf die Dauer diese Institutionen leiten. Auf dem Lande sollen die Schulen und höheren Lehranstalten von den armen Bauern und der Unterschicht [illegible] der Mittelbauern, den verläßlichsten Verbündeten der Arbeiterklasse, geleitet werden." (Mao Tse-tung)

Von größter Bedeutung ist die im Kommunique hervorgehobene jüngste Weisung des Genossen Mao Tse-tung, daß die Kommunistische Partei "sich der Schlacken entledigen und ihr Blut auffrischen" muß und daß " die Parteiorganisation aus den fortgeschrittensten Elementen des Proletariats zusammengesetzt sein soll". Dementsprechend sind erwiesene Renegaten,feindliche Agenten, Leute, die hartnäckig den kapitalistischen Weg gehen,entartete sowie klassenfremde Elemente, die sich in die Partei eingeschlichen haben, auszustoßen. Der Partei soll frisches Blut durch die Aufnahme fortschrittlicher Arbeiter mit kommunistischem Bewußtsein vor allem aus der Industrie zugeführt werden. Ferner sind Parteimitglieder, die sich bei der entschlossenen Durchführung der proletarisch-revolutionären Linie Mao Tse-tungs bewährt haben, in führende Funktionen einzusetzen.

Die Siege der großen proletarischen Kulturrevolution haben, wie das Plenum feststellte, neuerlich bewiesen, daß die von Genossen Mao Tse-tung geführte Kommunistische Partei Chinas eine große, ruhmreiche und richtigführende Partei ist. Die Stürme der großen proletarischen Kulturrevolution haben die entsprechenden ideologischen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einberufung des IX. Parteitags der KPC geschaffen, der zu einem angemessenen Zeitpunkt einberufen wird.

Das Plenum beschloß einstimmig, Liu Schao-tschi "ein für allemal aus der Partei auszuschließen, ihn aller seiner Posten innerhalb und außerhalb der Partei zu entkleiden und die Abrechnung mit ihm und seinen Komplizen wegen ihrer Verbrechen, die sie durch den Verrat an Partei und Staat begangen haben, fortzusetzen".

Im Kommunique wird festgestellt, daß sich die Kulturrevolution als "gewaltige Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Produktion" erwiesen hat. "Sie fördert das Entstehen eines neuen Sprungs vorwärts in unserem sozialistischen Aufbau und wird dies auch weiterhin tun", heißt es darin.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Dieses auch für unsere Arbeiterschaft äußerst wichtige Dokument findet sich im vollen Wortlaut in""Peking Rundschau" schau" Nr. 44 und kann durch uns bezogen werden.

Der Artikel kann auch un Form einer Broschüre geliefert werden.

Bestellungen auch für jede andere chinesische Literatur bitte an unsere Adresse richten: " DER KOMMUNIST", 12o5 Wien, Fach 3

Wahlen ohne Wahl in Amerika

Ein Blatt, das ausschließlich zur Informierung von Großkapitalisten bestimmt ist, sagt - manchmal - seinen Lesern die Wahrheit. Wie wird's, wenn Humphrey, und wie, wenn Nixon zum US-Präsidenten "gewählt" wird? fragen die Finanzhyänen. Sollen wir uns mit Rohmaterial eindecken oder Aufträge stornieren? fragen die Fabrikanten. Sollen wir auf ein Steigen oder ein Fallen der Aktien spekulieren? fragen die Börsenmagnaten. Und die "Neue Zürcher Zeitung" antwortet ihnen:

"Der amerikanische Wahlkampf des Jahres 1968 zeichnet sich aus durch eine ausgesprochene Monotonie (Eintönigkeit). Tag für Tag werden die gleichen Reden gehalten, werden mit den gleichen stereotypen (starren) Lächeln die Hände der potentiellen (möglichen) Wähler gedrückt und ein paar Banalitäten (Belanglosigkeiten) ausgetauscht. Über Fernsehen und Radio plätschert der Strom der gleichen Reden, Woche für Woche das selbe Lied. Dieses Jahr treten Programme und politische Forderungen fast völlig zurück, die Tagesprobleme spielen kaum eine Rolle, und niemand vermag mit Sicherheit zu sagen , worin sich Nixon und Humphrey in ihrer politischen Zielsetzung unterscheiden.... Es ist einer der inneren Widersprüche dieses Wahljahres, daß sich der schattenhafte Kampf zwischen Nixon und Humphrey in einem Augenblick abspielt, da die amerikanische Nation innerlich zerissen ist wie kaum je zuvor in den vergangenen Jahrzehnten. Vietnam und die Rassenfrage haben das Land gespalten; wirtschaftliche Schwierigkeiten drängen die Notwendigkeit einschneidender Maßnahmen auf. Der Ruf nach einer Änderung des politischen Kurses ist der Grundtenor jeder politischen Auseinandersetzung. Es ist eine Situation, wie sie analog (ähnlich) nur im Jahr der tiefsten Depression (Krise), 1932, vorhanden war. Aber heute bietet sich keine Alternative (Entscheidung zwischen zwei Möglichkeiten) an..... Den amerikanischen Bürger werden durch die beiden großen Parteien keine Kandidaten angeboten, die ihm eine eigentliche Wahl ermöglichen...."

Und so wird denn der neue "republikanische" Präsident die gleiche Politik des amerikanischen Monopolkapitals betreiben wie der alte "demokratische" und die gleichen Mißerfolge erleiden....

Ein Blatt, das zur Irreführung der Arbeiter bestimmt ist, sagt - fast immer die Unwahrheit. Der "Arbeiter-Zeitung" war es am 7. November entschlüpft, das es für die "Amerikaner" ziemlich gleichgültig war, ob Nixon oder Humphrey Präsident werde"; aber tags darauf überkugelte sie sich vor Begeisterung über "die beste Propaganda für die Demokratie, die man sich denken kann", nämlich den bei der Bekanntgabe der Wahlresultate inszenierten Theaterrummel, den der österreichische Rundfunk mit Millionenkosten darbot. Die "AZ" weiß warum. Denn bei uns wird es ja bald auch solche "demokratische" Wahlen geben. Und der österreichische Werktätige wird dabei ebensoviel - oder besser gesagt - ebesowenig zu ent scheiden haben wie der amerikanische.....

Tod den USA-Imperialisten – Das VOLK von Vietnam wird siegen

Das Betrugsmanöver der "Friedendgespräche" in Paris , das die US-Imperialisten gemeinsam mit der Moskauer Verräter-Clique inszeniert haben, wurde durch die Verkündung der "Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam" weitergetrieben. An der Politik der US-Imperialisten hat sich jedoch nichts geändert; auch Nixon wird da nichts ändern.
Der Vietnam-Krieg hat längst den Charakter einer isolierten Auseinandersetzung verloren. Alle Illusionen, daß die US-Imperialisten bereit wären einzulenken, sind zwecklos. Sie betrachten den ganzen südostasiatischen Raum als ihr Einflußgebiet, und um zum Erfolg zu kommen, verlangen sie verstärkte russische Unterstützung als Gegenleistung für ihre "Teilnahmslosigkeit" gegenüber der Intervention in der CSR. Und die russischen Renegaten drängen auch verstärkt auf "Friedensverhandlungen".

Die US-Imperialisten haben mehr als 500.000 Mann Aggressionstruppen nach Südvietnam geschickt. Sie denken nicht im Schlaf daran, von dort wegzugehen. Denn Südvietnam betrachten sie als wichtigsten Stützpunkt gegen China. Sie wollen jetzt nur eine Atempause, um die angeschlagenen Truppen zu reorganisieren und neue größere Aggressionsabsichten vorzubereiten.

Der Kampf des südvietnamesischen Volkes ist der mächtigste Teil des Befreiungskampfes in ganz Südostasien. Aber auch die Völker von Laos,Birma,Thailand, Malaya und Kambodscha führen ihn, und er ist untrennbar verbunden mit dem Kampf des südvietnamesischen Volkes. Die US-Imperialisten haben erklärt, in all diesen Ländern müsse der revolutionäre Kampf niedergeschlagen werden. Schon jetzt benützen sie die "freigewordenen" Truppen zu Aggressionen in diesen Ländern. Sie dringen immer mehr nach Kambodscha ein, bombardieren nun in größtem Umfang laotische Gebiete und haben ihre Truppen auch schon in Thailand und Birma eingesetzt. Was sonst noch zur "Verfügung" steht, wird in Südvietnam selbst gegen die Befreiungsarmee aufgeboten.

Wenn Südostasien das Aufmarschgebiet sein soll, wie es sich die US-Imperialisten vorstellen, muß es dort "ruhig" sein. Daher wollen sie die Völker dort entwaffnen. Aber mögen sie noch so viele demagogische Drehs und Vereinbarungen anbieten, das Volk Südvietnams und in den anderen Ländern wird sich niemals mehr und von niemanden entwaffnen lassen. Denn diese Völker wissen, daß sie solange nicht frei und selbständig sein können, als die US-Imperialisten dieses Gebiet für ihre Globalstrategie beanspruchen. Denn solange werden diese ihre Truppen dort haben und die Völker unterdrücken.

Bei ihrer Politik der Aufrechterhaltung des Status quo in der Welt, das heißt der gegenseitig zugestandenen Unterdrückung und Ausbeutung der Völker, fürchten die US-Imperialisten und die russischen Verräter nichts so sehr als den revolutionären Kampf, der von den Lehren des Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Tse-tungs entfacht wurde und beflügelt wird. Der Befreiungskampf des Volkes in Südvietnam ist ein leuchtendes Fanal dafür, das ausgelöscht werden soll. Diesen Zweck sollen die Pariser "Gespräche" dienen. Die Herrschaften machen aber die Rechnung ohne den Wirt, nämlich den heldenhaften vietnamesischen Volk.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Um ihre völlige Befreiung zu erringen, verlassen sich die unterdrückten Völker in erster Linie auf ihren eigenen Kampf und erst in zweiter auf internationale Hilfe.
Ein Volk, dessen Revolution bereits gesiegt hat, muß den Völkern, die noch um ihre Befreiung kämpfen Hilfe erweisen.
Das ist unsere internationalistische Pflicht.

Mao Tse-tung